



Der rote Farbtupfer

**Newsletter von Macit Karaahmetoğlu, SPD-
Bundestagsabgeordneter für Ludwigsburg**



FARBUPFER AUS DER HAUPTSTADT

***Bundeskanzler Olaf Scholz zu Gast in der Landesgruppe
Baden-Württemberg***



Ich stehe hinter unserem Bundeskanzler Olaf Scholz! Nicht nur auf diesem schönen Gruppenbild, das bei seinem Besuch in unserer Landesgruppe Baden-Württemberg entstanden ist – auch generell!

Die Opposition – allen voran die Union – müht sich vergebens, ihn als zögerlich zu diskreditieren, ihm Führungsschwäche vorzuwerfen. Ich finde Olaf Scholz handelt entschlossen und pragmatisch, wenn es notwendig ist. Dabei gibt es weder Schnellschüsse noch Lippenbekenntnisse. Er arbeitet unermüdlich, um Deutschland durch die großen Krisen dieser Zeit zu bringen.

Dass die Logik der Opposition nicht aufgeht, zeigt das Beispiel der kurzzeitigen AKW-Weiternutzung, um im Winter Deutschlands Energiesicherheit zu gewährleisten.



Einerseits kritisiert man die Uneinigkeit in der Regierungskoalition und behauptet, der Kanzler habe seine Mannschaft nicht im Griff. Wenn er aber zum richtigen Zeitpunkt eine lösungsorientierte Entscheidung trifft, ist es auch nicht recht.

Ich bin froh, dass wir in dieser schwierigen Zeit einen sehr erfahrenen Menschen und Politiker als Kanzler haben, der sich nicht scheut, Entscheidungen zu treffen – auch wenn er damit nicht immer seine Beliebtheitswerte bei allen steigern kann!

Niemand wird in dieser Zeit allein gelassen – weitere 200 Milliarden Euro für bezahlbare Energie



DER ABWEHRSCHIRM KOMMT

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist nicht nur eine absolute Tragödie, er hat Europa und Deutschland auch in eine dramatische Energiekrise gestürzt. Ja, in der Vergangenheit wurden im Umgang mit Russland Fehler begangen. Man hat eine große Abhängigkeit in Kauf genommen. Dieser gilt es sich aber nun zu entziehen, und daran arbeitet die Ampel-Regierung bereits seit dem vergangenen Winter, als sich eine Eskalation der russischen Drohgebärden andeutete.

Der nun immer mehr in Gang kommende Ausbau der erneuerbaren Energien macht berechtigte Hoffnung, dass wir in Zukunft weniger fossile Energien von streitbaren Handelspartnern benötigen werden. Das aber hilft nicht den Menschen, die sich bereits jetzt die Energie- und Lebenshaltungskosten nicht mehr leisten können, oder Unternehmen mit hohem Energiebedarf, die kurz vor der Aufgabe ihres Geschäfts stehen. Für sie alle hat die Bundesregierung einen 200-Milliarden-Abwehrschirm – den so genannten Doppelwums – beschlossen.

So kommen wir durch den Winter!

Das plant die Bundesregierung:



Soforthilfe: Abschlag für Dezember für Gas und Fernwärme entfällt!



Gaspreisbremse: max. 12 Cent pro kWh für 80 % des Vorjahresverbrauchs (Fernwärme 9,5 Cent) – **spätestens ab März 2023, möglichst rückwirkend zum 1. Februar 2023!**



Strompreisbremse: max. 40 Cent pro kWh für 80 % des Vorjahresverbrauchs – **ab Januar 2023!**



Regelungen für Härtefälle.

SPD
Fraktion im
Bundestag

Diese enorme Kraftanstrengung, die ehrlicherweise nur mit Kreditaufnahmen zu bewältigen ist, sieht vor allem eine Energie-Preisbremse für Gas und Fernwärme zum 01.03.2023 vor. Für private Haushalte, Unternehmen und soziale Einrichtungen soll der Preis eines bestimmten Basisverbrauchs begrenzt werden und so Entlastung schaffen. Auch an einer Strompreisbremse zum 01.01.2023 arbeiten wir.

Diese soll durch eine befristete Abschöpfung von Zufallsgewinnen bei Energieunternehmen finanziert werden. Das ist gut und lange überfällig: Niemand sollte sich an diesem Krieg bereichern können!

Da der Winter vor der Tür steht, müssen wir aber die Zeit bis zum Greifen dieser Energiepreisbremsen überbrücken und den Menschen in Deutschland schon jetzt unter die Arme greifen. Dafür haben wir beschlossen, dass der Bund im Dezember einmalig die Abschlagszahlungen von Gas- und Fernwärmekund:innen übernimmt.

Wir haben bei all diesen Beschlüssen im Blick, dass die Preise für andere Heizmittel (z.B. Öl oder Pellets) ebenso gestiegen sind, wenn auch nicht so dramatisch wie bei Gas und Fernwärme. Auch für diese Verbraucher:innen wollen wir als SPD-Bundestagsfraktion uns im parlamentarischen Verfahren noch stark machen. Für alle Fälle, in denen trotz der beschlossenen Maßnahmen die Belastungen zu groß werden, werden wir im Rahmen einer Härtefallregelung Hilfsprogramme einrichten.

Treffen der Friedrich-Ebert-Stiftung mit CHP-Abgeordneten



Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat mit Abgeordneten der türkischen Oppositions- und SPD-Schwesterpartei CHP (Republikanische Volkspartei) eine Diskussionsrunde zum Thema „Die Türkei in der Zeitenwende“ organisiert.

Wir haben über verschiedene Fragen diskutiert: Wie würde sich die Türkei nach einem Regierungswechsel verändern? Was wären die innen- und außenpolitischen Leitlinien? Und ist ein solcher Regierungswechsel überhaupt wahrscheinlich?

Persönliche Eindrücke von Abgeordneten, die vor Ort in der Türkei versuchen, eine bessere politische Zukunft des Landes zu gestalten, sind mir äußerst wichtig. Deshalb habe ich Anfang November eine Türkei-Reise gemacht, über die ich im nächsten Newsletter berichten werde.

Dass die FES solche Zusammentreffen organisiert und einen Austausch ermöglicht, weiß ich sehr zu schätzen!



FARBTUPFER AUS DEM WAHLKREIS & UMLAND

Ein Weltkonzern in Ludwigsburg – Besuch bei MANN+HUMMEL



MANN+HUMMEL ist ein Unternehmen von Weltruf und ein wichtiger Arbeitgeber im Wahlkreis Ludwigsburg.

Bisher kannte ich das Unternehmen vor allem als weltweit führenden Hersteller von Luftfiltern für Fahrzeuge. Die „Mann-Filter“ sind eine ähnliche Marke wie „Bosch-Zündkerzen“. Beide werden in Zukunft nur noch selten gebraucht. Deshalb hat das Ludwigsburger Familienunternehmen seinen Fokus inzwischen auf Technologien für die Filtration von Luft und Wasser gelegt.

Für mich war es aufschlussreich zu hören, wie das Unternehmen diese Transformation in Angriff nimmt. MANN+HUMMEL hat viele Jahrzehnte gute Umsätze mit der Produktion von Komponenten für den Verbrennungsmotor erzielt. Nun konzentriert sich das Unternehmen auf Filtrationstechnologien für zahlreiche Anwendungsbereiche.

Davon sind leider im Fall des Standorts Ludwigsburg auch viele Beschäftigte betroffen. Der Produktionsstandort bei uns wird zum Jahresende geschlossen. Die Gespräche, um diesen Einschnitt für die Beschäftigten abzufangen, laufen. Ich war dankbar, dass auf meinen Wunsch auch der Betriebsratsvorsitzende Ralph Kraut beim Gespräch anwesend war.

Ich setze gerne den Dialog mit dem Unternehmen fort. Es bietet trotz großer Herausforderungen in mehrfacher Weise ein gutes Beispiel für moderne Industriepolitik.

„Krieg in Europa“ – Diskussion des SPD-ÖV Markgröningen



Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Fragen beschäftigen die Menschen im Wahlkreis Ludwigsburg sehr. Das habe ich auch bei einer Veranstaltung der SPD Markgröningen gespürt, bei der ich mich ausführlich mit den Mitgliedern und interessierten Gästen ausgetauscht habe.

Es ist wichtig, dass wir uns immer wieder darüber unterhalten, was es mit diesem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf sich hat, was dieser für Europa bedeutet und wie er zu einem Ende kommen könnte. Viele Fragen - zum Beispiel das Risiko eines Einsatzes von Atomwaffen oder den aktuellen Chancen von Friedensverhandlungen - sind nur schwer zu beantworten. Umso wichtiger finde ich es, sich zusammzusetzen, miteinander zu reden und sich die Sorgen aller anzuhören.

Denn es ging natürlich nicht nur um den Krieg in Europa, sondern auch um die Auswirkungen auf unser Leben in Deutschland. Viele Bürgerinnen und Bürger sorgen sich beim Blick auf ihre Strom- und Gasrechnung. Unternehmen stellen die massiven Preissteigerungen für Energie vor ebenso große Herausforderungen. Ich habe versucht deutlich zu machen, dass wir aber auf einem guten Wege sind, diese schwere Probe zu bestehen. Unsere Energieversorgung wird schnell diversifiziert, die Gasspeicher sind gefüllt, und wir machen alles erdenklich Mögliche, um die Preisspirale nach oben abzubremsen.

Danke an alle, die da waren und sich zwei Stunden Zeit genommen haben. Und danke an Giova Barone und Tayyar Senguel vom Ortsverein Markgröningen für die Organisation.

„Politik zum Anfassen“ – Klimadebatte am Salier-Gymnasium Waiblingen



Unter dem Motto „Politik zum Anfassen“ fand am Salier-Gymnasium in meinem Betreuungswahlkreis Waiblingen eine äußerst lebendige Klimadebatte statt.

Bei einem so wichtigen Thema muss Klartext gesprochen werden. Dementsprechend wurde hart diskutiert über die Frage, ob wir aktuell schon genug tun gegen den Klimawandel und wie viel Einfluss das Handeln Deutschlands - global gesehen - überhaupt haben kann.

Insbesondere in dieser Frage wurde deutlich, welche zerstörerische Politik die AfD auch im Bereich des Klimaschutzes betreibt. Sie tut die Debatte als Panikmache ab und stellt immer wieder in den Raum, dass Deutschland alleine ja ohnehin nichts verändern könne. Mir war es wichtig, diese fatale Denkweise nicht wortlos hinzunehmen. Wir können uns nicht darauf ausruhen, dass andere Länder der Welt noch weniger tun. So fahren wir offenen Auges im Volltempo an die Wand. Der Weg führt nur über noch stärkere Bemühungen mit allen gewillten Partnern der internationalen Staatengemeinschaft. Ein Ausruhen auf der AfD-Position wäre gleichbedeutend mit einer Aufgabe unseres Planeten und damit der Lebensgrundlage der jungen Menschen von heute, ihrer Kinder und Enkel.

Mein besonderer Dank geht an die Organisator:innen aus der Lehrer:innen- und Schüler:innenschaft und an die Moderatoren. Vielen Dank für die klasse Veranstaltung, bei der auch ich wieder neuen Input mitgenommen habe. Insbesondere beim Thema Klima ist es wichtig, dass wir der höchst engagierten Jugend zuhören.

Jungen Menschen zuhören, für unsere Politik von morgen lernen – Besuch der Realschule Kornwestheim in Berlin



Es tut richtig gut, im hektischen Sitzungsalltag Zeit mit jungen Menschen zu verbringen. Die 10. Klasse der Realschule Kornwestheim hat mich im Bundestag besucht und mir eine Stunde lang Löcher in den Bauch gefragt. Der Wissensdurst dieser jungen Frauen und Männer aus meinem Wahlkreis hat mir imponiert. Auch ich war mal jung, bin mit 11 Jahren nach Deutschland gekommen und habe alles dran gesetzt zu lernen: für das Erlernen der Sprache, fürs Studium, fürs Leben.

Während des Gesprächs habe ich versucht, alle Fragen zu meinem Alltag als Abgeordneter, meiner früheren Tätigkeit als Anwalt und den großen politischen Geschehnissen ausführlich zu beantworten.

So ein Gespräch ist aber keine Einbahnstraße. Es geht nicht nur darum, was Politiker den Menschen erzählen. Viel wichtiger ist das Zuhören. Denn auch ich lerne ungemein viel aus den vielen Begegnungen als Abgeordneter – ganz gleich, wie alt mein Gegenüber ist: Welche Sorgen hat diese junge Generation, welche Themen beschäftigen sie? Ein Schüler sprach zum Beispiel die Problematik und Strafbarkeit von Identitätsklau im Internet und Messenger-Systemen an. So etwas nehme ich als Rechtspolitiker auf, schildere meine Erfahrungen und werde das Thema mit Sicherheit weiter auf dem Schirm haben.

Wir Politiker müssen uns klar machen, dass man es gar nicht stark genug wertschätzen kann, wenn Jugendliche ein solch politisches Bildungsangebot wahrnehmen, sich aktiv einbringen und das offene Gespräch mit uns suchen.

Bundestagsabgeordnete kennen viele Menschen leider meistens nur aus den Medien. Die Lebenswelt auf den ersten Blick ist jedoch eine völlig andere. Damit habe ich kein Problem – ganz im Gegenteil: Ich freue mich darüber, wenn mir diese jungen Besucher die eine oder andere persönliche Frage stellen. Denn offen zu reden, verbindet. Und diese Verbindung brauchen wir, um gute Politik zu machen. Was wir heute entscheiden, bestimmt morgen das Leben dieser Kinder und Jugendlichen.

Solltet ihr einmal Interesse haben, mit eurer Schulklasse, eurer Sportmannschaft oder eurem ehrenamtlichen Verein nach Berlin zu kommen, dann meldet euch in einem meiner Büros in Ludwigsburg oder Berlin. Wir schauen dann, wie wir einen Besuch auf die Beine stellen können.

60. Jahre Reservistenverband BaWü – Feier in Ludwigsburg



Die Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. (VdRBw) hat ihr 60-jähriges Bestehen im Residenzschloss Ludwigsburg gefeiert.

Der Verband der Reservisten ist mit rund 110.000 Mitgliedern die größte Vereinigung ehemaliger Soldaten der Bundeswehr.

Ich war zu dieser Feierstunde eingeladen, ebenso wie mein SPD-Fraktionskollege Kevin Leiser. Kevin ist aus Schwäbisch-Hall und Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestags. In der Mitte ist Joachim Fallert, Landesvorsitzender des Reservistenverband in Baden-Württemberg.

IMPRESSUM

Macit Karaahmetoglu, MdB

Wahlkreisbüro Ludwigsburg, Untere Marktstraße 6, 71634 Ludwigsburg

Telefon: 07141-9919755, Mail: macit.karaahmetoglu.wk@bundestag.de